19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten Dr. Petra Vandrey (GRÜNE)

vom 8. April 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 9. April 2025)

zum Thema:

Strafjustiz in Berlin: Aktuelle Lage und künftige Herausforderungen

und **Antwort** vom 23. April 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 28. April 2025)

Senatsverwaltung für Justiz
und Verbraucherschutz

Frau Abgeordnete Dr. Petra Vandrey (GRÜNE)
über
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/22 299
vom 8. April 2025

über Strafjustiz in Berlin: Aktuelle Lage und künftige Herausforderungen

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Wie viele Strafverfahren waren in Berlin anhängig in 2021, 2022, 2023 und 2024? (Bitte nach Gerichten aufschlüsseln)

Zu 1.: Die Anzahl der anhängigen Strafverfahren seit dem Jahr 2021 ist der Anlage I zu entnehmen. Anhängig ist ein gerichtliches Verfahren, wenn ein Gericht mit ihm befasst ist, also sobald ein Antrag, eine Klage oder ein Rechtsmittel bei dem Gericht eingereicht ist und solange das Gericht in dem Verfahren noch tätig werden kann. Insofern wurde in der Anlage die Anzahl der Eingänge und Erledigungen dargestellt.

2. In wie vielen Fällen wurde in Berlin Anklage erhoben in den Jahren 2021, 2022, 2023 und 2024?

Zu 2.: Die Zahl der erhobenen Anklagen bei den Strafverfolgungsbehörden stellt sich wie folgt dar:

Generalstaatsanwaltschaft Berlin

	2021	2022	2023	2024
Anklagen	6	2	2	2

Staats- und Staatsanwaltschaft zusammen

	2021	2022	2023	2024
Anklagen (einschließlich Verfahren nach § 76 (JGG) Jugendgerichtsgesetz)	20.946	18.782	20.349	19.346

3. Wie viele Strafverfahren wurden in Berlin abgeschlossen in 2021, 2022, 2023 und 2024?

- In wie vielen Fällen wurden die Verfahren durch rechtskräftiges Urteil abgeschlossen?
- In wie vielen Fällen wurden die Verfahren eingestellt?
- In wie vielen Fällen wurden die abgeschlossenen Verfahren anderweitig erledigt?

Zu 3.a) – c): Die Anzahl der erledigten Strafverfahren sowie die Anzahl der Erledigungen durch Urteil, Verfahrenseinstellungen und sonstigen Verfahrenserledigungen sind der Anlage II zu entnehmen.

4. Wie haben sich die Verfahrensdauern von 2021 bis 2024 entwickelt? Wie lange dauerten Strafverfahren, die in den genannten Jahren eingeleitet wurden, im Durchschnitt?

Zu 4.:

Staatsanwaltschaft

Durchschnittliche Verfahrensdauer (in Monaten)			
2021	2022	2023	2024
2,1	2	2,1	2,1

Amtsanwaltschaft

Durchschnittliche Verfahrensdauer (in Monaten)			
2021	2022	2023	2024
1,0	0,9	1,0	1,1

Amtsgericht Tiergarten

Durchschnittliche Verfahrensdauer (in Monaten)			
2021	2022	2023	2024
4,2	4,2	4	4,3

Landgericht Berlin I

Durchschnittliche Verfahrensdauer (in Monaten)				
	2021	2022	2023	2024
I. Instanz	7,6	7,9	7,5	6,3
II. Instanz	7,7	7,6	6,8	5,8

Kammergericht (Strafsachen)

Durchschnittliche Verfahrensdauer (in Monaten)				
	2021	2022	2023	2024
I. Instanz	19,4	11,8	14,3	6,2
II. Instanz	1,4	1,3	1,6	1,7

Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Die jahresweise Erfassung der vorstehend genannten Verfahrensdauern bezieht sich dabei auf das Jahr der Erledigung, nicht der Einleitung des Verfahrens. Eine Erfassung der Verfahrensdauern nach Eingangsjahren erfolgt nicht.

5. Für Verfahren, bei denen sich der Beschuldigte in Untersuchungshaft befindet, gilt das Beschleunigungsgebot. Inwieweit wird diesem Beschleunigungsgebot Rechnung getragen, indem diese Verfahren tatsächlich beschleunigt betrieben werden (in 2021, 2022, 2023 und 2024)?

Zu 5.: Eine direkte Beantwortung dieser Frage ist dem Senat nicht möglich, da Beschleunigung ein unbestimmter Rechtsbegriff ist und es keine statistischen Parameter gibt, an denen sich für jedes Verfahren ablesen ließe, ob dem Beschleunigungsgebot Rechnung getragen worden ist.

Nach einer Auswertung der Generalstaatsanwaltschaft Berlin aus dem dortigen Aktenverwaltungssystem sind im Jahr 2024 allerdings 3.334 Untersuchungshaftbefehle erlassen worden. Bei den Strafsenaten des Kammergerichts wurden nach Mitteilung der Präsidentin des Kammergerichts im gleichen Zeitraum bei insgesamt 69 Anträgen auf Haftentscheidungen nach den §§ 121 ff. der Strafprozessordnung (StPO) in fünf Fällen Haftbefehle wegen eines Verstoßes gegen das Beschleunigungsgebot aufgehoben.

6. Mussten Haftbefehle aufgehoben werden wegen zu langer Verfahrensdauern, falls ja, wie oft in 2021, 2022, 2023, 2024?

Zu 6.: Die Verfahrensdauer an sich, also die Zeitspanne zwischen Beginn und Ende des Verfahrens ist nicht das maßgebliche Kriterium bei der gerichtlichen Überprüfung der Untersuchungshaft. Vielmehr kann auch eine lange Untersuchungshaft durch die besonderen Umstände des Falls gerechtfertigt sein. Entscheidend kommt es vielmehr auf das in der vorhergehenden Frage genannte Beschleunigungsgebot an. Die §§ 121 ff. StPO sehen neben anderen Haftprüfungsverfahren ein Verfahren der besonderen Haftprüfung vor, in dem auch die Beachtung des Beschleunigungsgebots geprüft wird. Das Kammergericht hat im Jahr 2024 im Rahmen derartiger Haftprüfungsverfahren fünf Haftbefehle wegen eines Verstoßes gegen das Beschleunigungsgebot aufgehoben. Für das Jahr 2023 wird auf die Antwort zu 2 der Schriftlichen Anfrage Nr. 19/19 019 und für die Jahre 2021 und 2022 auf die Antwort zu 3 der Schriftlichen Anfrage Nr. 19/14 014, die für 2022 die vollständige Anzahl der Haftbefehlsaufhebungen wiedergibt, verwiesen.

7. Welche Hauptursachen für Verfahrensverzögerungen sieht der Senat in Berlin? Sind insbesondere Personalmangel, Verfahrenskomplexität oder technische Defizite als Ursachen identifiziert?

Zu 7.: Die Auswertung der Entscheidungen des Kammergerichts zu den Haftbefehlsaufhebungen wegen Verstoßes gegen das Beschleunigungsgebot ergibt, dass es keine systemischen Defizite in der Berliner Strafjustiz gibt.

8. Welche Rolle spielt die Digitalisierung der Strafjustiz in Berlin für die Beschleunigung von Verfahren? Welche Fortschritte wurden in den letzten Jahren erzielt?

Zu 8.: In Bezug auf die Strafgerichte wurden im Rahmen der Digitalisierung der Justiz zahlreiche Meilensteine erreicht. Bereits seit 2019 wird im Landgericht in Strafsachen das Beweismittelinformationssystem (Bewis) genutzt, das das Streaming audiovisueller Medien, wie beispielsweise Aufzeichnungen von Überwachungskameras, ermöglicht. Seit 2021 sind die Richterinnen und Richter am Amtsgericht Tiergarten, am Landgericht Berlin I sowie am Kammergericht mit mobilen Endgeräten ausgestattet, die einen ortsunabhängigen Zugriff auf die IT-Systeme erlauben. Auch die Ermittlungsrichterinnen und Ermittlungsrichter verfügen über die notwendige Technik für Videovernehmungen nach § 136a StPO, einschließlich Videoanlagen mit Audioaufzeichnung und Speichermöglichkeiten. Aktuell wird die Nutzung eines Systems zur (teil-)automatisierten Verschriftlichung dieser Videovernehmungen vorbereitet, das im Laufe des Jahres 2025 bereitgestellt werden soll.

Ein bedeutender Fortschritt wurde im März 2024 mit der Einführung des modernen Fachverfahrens forumSTAR am Amtsgericht Tiergarten erzielt. Dieses löste das bisher genutzte, veraltete Fachverfahren AuLAK ab und brachte wesentliche Verbesserungen insbesondere im Bereich der Informationssicherheit mit sich. Zudem bildet forumSTAR die technische Grundlage für die Einführung der elektronischen Gerichtsakte in Strafsachen. Gleichzeitig wurde mit diesem System auch das Modul für den elektronischen Versand von Nachrichten aktiviert, wodurch Schriftstücke direkt aus der Textproduktion über den elektronischen Rechtsverkehr an Behörden, Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte übermittelt werden können. Im Oktober 2024 wurde forumSTAR auch beim Landgericht Berlin I eingeführt und im März 2025 folgte die Einführung bei den Strafsenaten des Kammergerichts. Ebenfalls im März 2025 wurde bei den Strafsenaten des Kammergerichts die Wissensdatenbank jurisCollect eingeführt, die einen schnelleren Zugriff auf juristische Informationen ermöglicht.

Parallel dazu wird aktuell die Hardwareausstattung in den Gerichten umfassend modernisiert – insbesondere durch größere Monitore und Tastaturen mit Unterstützung für Signaturkarten –, um die Einführung der elektronischen Gerichtsakten bestmöglich zu unterstützen. Zudem werden die Verhandlungssäle des Landgerichts Berlin I abschließend mit Großformatmonitoren ausgestattet, die die Präsentation elektronischer Akten sowie audiovisueller Medien ermöglichen.

In Bezug auf die Staatsanwaltschaften und die Anwaltschaft wurden im Rahmen der Digitalisierung der Justiz bedeutende Fortschritte erzielt. So wurden Entscheiderinnen und Entscheider mit mobilen Endgeräten ausgestattet, die einen ortsunabhängigen Zugriff auf den IT-Arbeitsplatz ermöglichen. Die Zusammenarbeit mit der Berliner Polizei im Bereich der Wirtschaftskriminalität konnte durch die Einführung des IT-Systems Orbis wesentlich verbessert

werden. Darüber hinaus wurde das Fachverfahren MESTA dahingehend weiterentwickelt, dass nun auch Sammelverfahren der Berliner Polizei erfasst werden können. Ein weiterer wichtiger Schritt war der Start des Probe-Echtbetriebs elektronischer Verfahrensakten, der am 18. Dezember 2024 aufgenommen wurde.

Generell wurden die juristischen Recherchemöglichkeiten in Onlineangeboten auch für den strafrechtlichen Geschäftsbereich kontinuierlich und zuletzt signifikant in 2024 und im März 2025 erweitert.

9. Welche konkreten Maßnahmen ergreift der Senat, um die Einhaltung des Beschleunigungsgebots sicherzustellen?

Zu 9.: Der Senat stattet die Justiz mit den notwendigen Ressourcen aus, um die Einhaltung des Beschleunigungsgebots sicherzustellen.

10. Wie viele Richter und Richterinnen wurden in Berlin 2024 neu eingestellt? Wie viele davon sind an den Strafgerichten tätig? Wie viele Richter und Richterinnen gingen im gleichen Zeitraum in Ruhestand? Wie viele der an den Strafgerichten tätigen Richter und Richterinnen gingen in dem Zeitraum in den Ruhestand?

Zu 10.: In Berlin wurden im Jahr 2024 insgesamt 92 Proberichterinnen und Proberichter neu eingestellt. 14 dieser 92 Proberichterinnen und Proberichter wurden in ihrer ersten Station an den Strafgerichten (Amtsgericht Tiergarten und Landgericht Berlin I) eingesetzt. Durch den Personalwuchs konnten das Amtsgericht Tiergarten und das Landgericht Berlin I insgesamt um 21,1 Proberichter-Pensen verstärkt werden, da auch vermehrt Proberichterinnen und Proberichter im zweiten oder dritten Probejahr dem Amtsgericht Tiergarten und dem Landgericht Berlin I zugewiesen werden konnten.

Im Jahr 2024 gingen insgesamt 46 Richterinnen und Richter in den Ruhestand. Davon waren 11 Richterinnen und Richter in Strafsachen tätig.

11. Wie viele Staatsanwälte und Staatsanwältinnen wurden in Berlin in 2024 neu eingestellt? Wie viele Staatsanwälte und Staatsanwältinnen gingen im gleichen Zeitraum in den Ruhestand?

Zu 11.: In Berlin wurden im Jahr 2024 insgesamt 40 Staatsanwältinnen und Staatsanwälte neu eingestellt. Es gingen insgesamt 21 Staatsanwältinnen und Staatsanwälte in den Ruhestand.

12. Wie viele Richterstellen waren in den Jahren 2024 unbesetzt und wie viele Richterstellen sind aktuell unbesetzt?

Zu 12.: Zum Stichtag 31.12.2024 waren insgesamt 41 Richterstellen nicht besetzt. Aktuell sind 19 Richterstellen unbesetzt.

Der Vollständigkeit wegen und zur Einordnung dieser Zahlen wird ergänzend darauf hingewiesen, dass freiwerdende (z.B. durch Ruhestandseintritte, Teilzeit öÄ) sowie neue R-Stellen(-anteile) im Rahmen des stellenwirtschaftlich Zulässigen kontinuierlich besetzt werden. Es handelt sich mithin um eine Momentaufnahme. Unbeschadet dessen ist stellenwirtschaftlich eine

gewisse Anzahl freier Stellen im richterlichen Dienst nicht zu vermeiden. Aufgrund der Dauer der Besetzungsverfahren ist ein zeitlicher Vorlauf erforderlich, so dass eine nahtlose Nachbesetzung freier Stellen meist nur in Ausnahmefällen möglich ist. Zudem führt die Inanspruchnahme von Teilzeiten zu freien Stellenresten, die nur bedingt für die Neueinstellung von Richterinnen und Richtern genutzt werden können. Des Weiteren sind insbesondere im Fall langfristiger Abordnungen zu anderen Behörden oder Gerichten R-Stellen für den Fall der Beendigung der Abordnungen vorzuhalten.

13. Wie viele Stellen bei der Staatsanwaltschaft waren in 2024 unbesetzt und wie viele Stellen bei der Staatsanwaltschaft sind aktuell unbesetzt?

Zu 13.: Zum Stichtag 31.12.2024 waren insgesamt 8 Staatsanwaltschaftsstellen nicht besetzt. Aktuell sind 6 Staatsanwaltschaftsstellen unbesetzt.

Der Vollständigkeit wegen und zur Einordnung dieser Zahlen wird ergänzend darauf hingewiesen, dass freiwerdende (z.B. durch Ruhestandseintritte, Teilzeit oder Ähnliches) sowie neue R-Stellen(-anteile) im Rahmen des stellenwirtschaftlich Zulässigen kontinuierlich besetzt werden. Es handelt sich mithin um eine Momentaufnahme. Unbeschadet dessen ist stellenwirtschaftlich eine gewisse Anzahl freier Stellen im staatsanwaltschaftlichen Dienst nicht zu vermeiden. Aufgrund der Dauer der Besetzungsverfahren ist ein zeitlicher Vorlauf erforderlich, so dass eine nahtlose Nachbesetzung freier Stellen meist nur in Ausnahmefällen möglich ist. Zudem führt die Inanspruchnahme von Teilzeiten zu freien Stellenresten, die nur bedingt für die Neueinstellung von Staatsanwältinnen und Staatsanwälten genutzt werden können. Des Weiteren sind insbesondere im Fall langfristiger Abordnungen zu anderen Behörden oder Gerichten R-Stellen für den Fall der Beendigung der Abordnungen vorzuhalten.

14. Wie viele Richter, Richterinnen, Staatsanwälte und Staatsanwältinnen werden in Berlin aufgrund der demografischen Entwicklung in den Jahren 2025 bis 2030 die Altersgrenze für den Ruhestand erreichen?

Zu 14.: In den Jahren 2025 bis 2030 werden insgesamt 306 Richterinnen und Richter sowie 117 Staatsanwältinnen und Staatsanwälte die Altersgrenze für den Ruhestand erreichen.

15. Welche Maßnahmen ergreift der Senat, um aktuelle Personalengpässe in der Strafjustiz zu beheben und welche Maßnahmen plant der Senat, um etwaigen künftigen Personalengpässen in der Strafjustiz vorzubeugen?

Zu 15.: Die Justiz ist ebenso wie viele andere Bereiche der öffentlichen Verwaltung mit den Herausforderungen des demographischen Wandels und des Fachkräftemangels konfrontiert. Der Senat hat sich diesen Herausforderungen gestellt und in den letzten Jahren bereits erhebliche personelle Aufwüchse insbesondere im Bereich der Strafverfolgungsbehörden und bei den Strafgerichten erreichen können. Bei den Strafverfolgungsbehörden wurden im Zeitraum von dem Doppelhaushalt 2014/15 bis zum Doppelhaushalt 2024/25 insgesamt 154 zusätzliche Stellen ausgebracht, darunter 38 für Staatsanwältinnen und Staatsanwälte mit dem aktuellen Doppelhaushalt 2024/2025. Es bleibt aber eine Herausforderung, Lücken, die sich durch Abordnungen, Altersabgänge, Elternzeit und andere Umstände auftun, zeitnah und nachhaltig zu

schließen. Die Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz beobachtet die Situation daher sehr genau und steuert bedarfsgerecht die Ressourcen im Zusammenwirken mit dem Abgeordnetenhaus einerseits und den Gerichten und Strafverfolgungsbehörden andererseits.

Dementsprechend hat die Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz beispielsweise den insbesondere ab 2026 demographiebedingt erfolgenden Personalabgängen in der Strafjustiz bereits eine kontinuierliche und vorausschauend erhöhte Anzahl an Einstellungen entgegengesetzt. Das Ziel war eine gleichmäßige Einstellung von Juristinnen und Juristen, um die Alterspyramide abzuflachen und den Personalbestand konstant zu halten. Mit der so entstehenden „Bugwelle“ wird der ab 2026 entstehende immense Nachbesetzungsbedarf durch bereits heute umgesetzte Maßnahmen ohne Qualitätseinbuße abgedeckt. Zuletzt konnte die Staatsanwaltschaft Berlin auch eine Sonderkampagne allein zur Gewinnung neuer Staatsanwältinnen und Staatsanwälte durchführen, die sich als erfolgreich erwiesen hat.

16. Welche Berliner Initiativen gab es in den letzten Jahren für einen Bund-Länder-Pakt zur Stärkung der Justiz?

Zu 16.: Das Land Berlin beteiligt sich an der gemeinsamen Initiative der Justizministerinnen und Justizminister für die Erweiterung des Pakts für den Rechtsstaat. Auf ihrer Frühjahrskonferenz 2024 haben die Justizministerinnen und Justizminister einstimmig beschlossen zu betonen, dass es sich bei der Stärkung des Rechtsstaats und der Sicherstellung seiner Wehrhaftigkeit um eine grundlegende und fortlaufende Aufgabe handelt, die im gemeinsamen Interesse von Bund und Ländern liegt, und sie deshalb die Fortsetzung und Erweiterung des Pakts für den Rechtsstaat für unerlässlich halten.

17. Welche Mittel aus Bundesprogrammen zur Justizmodernisierung hat Berlin in den letzten Jahren beantragt bzw. erhalten?

Zu 17.: Aus Mitteln des Pakts für den digitalen Rechtsstaat können keine spezifischen Ländervorhaben – auch nicht des Landes Berlin – direkt gefördert werden. Förderungsfähig sind lediglich länderübergreifende Vorhaben, an denen neben dem Bund auch Bundesländer beteiligt sind. Entsprechend partizipiert das Land Berlin lediglich mittelbar durch Beteiligungen des Bundes an gemeinsamen IT-Entwicklungsverbänden.

Berlin, den 23. April 2025

In Vertretung

Esther Uleer
Senatsverwaltung für Justiz
und Verbraucherschutz

Frage 1

Strafverfahren**Amtsgericht Tiergarten**

	2021	2022	2023	2024
Eingänge	33.247	32.339	34.152	31.884
Unerledigt (Stichtag: 31.12.)	11.594	11.431	11.464	14.262

Landgericht Berlin I

I. Instanz	2021	2022	2023	2024
Eingänge	717	867	870	941
Unerledigt (Stichtag: 31.12.)	439	523	565	586

II. Instanz	2021	2022	2023	2024
Eingänge	2.572	2.329	2.628	2.274
Unerledigt (Stichtag: 31.12.)	1.723	1.505	1.551	1.453

Kammergericht (Strafsachen)

I. Instanz	2021	2022	2023	2024
Eingänge	9	5	5	3
Unerledigt (Stichtag: 31.12.)	7	6	4	5

II. Instanz	2021	2022	2023	2024
Eingänge	330	385	360	304
Unerledigt (Stichtag: 31.12.)	56	59	54	26

Frage 3

Amtsgericht Tiergarten

	2021	2022	2023	2024
Erledigungen	34.112	32.512	34.125	29.068
Die erledigten Verfahren sind beendet worden durch				
Urteil	11.881	11.833	12.254	10.174
Einstellung mit Auflage oder Weisung nach § 153 a StPO	3.390	3.135	3.289	2.554
Einstellung mit Auflage nach § 37 Abs. 2 BtMG bzw. § 38 Abs. 2 i.V.m. § 37 Abs. 2 BtMG	5	5	8	4
Einstellung nach § 47 JGG	2.876	3.034	3.145	2.665
Einstellung wegen Geringfügigkeit (§ 153 Abs. 2 StPO)	1.434	1.334	1.350	1.234
Einstellung wegen unwesentlicher Nebenstraftat (§ 154 Abs. 2 StPO)	1.339	1.058	1.227	1.177
Einstellung wegen Auslieferung oder Ausweisung des Beschuldigten (§ 154b Abs. 4 StPO)	34	28	22	19
Einstellung wegen Abwesenheit des Beschuldigten oder wegen eines anderen in seiner Person liegenden Hindernisses (§ 205 StPO)	1.654	1.736	2.035	1.391
Einstellung wegen Verfahrenshindernisses (§ 206a StPO)	143	101	126	113
Einstellung wegen Gesetzesänderung (§ 206b StPO)	0	0	0	22
Sonstige Einstellung oder Klagerücknahme nach § 153b Abs. 2, § 153c Abs. 4, § 153d Abs. 2, § 153e Abs. 2, § 154e Abs. 2 § 383 Abs. 2 StPO, § 31a Abs. 2 BtMG	4	7	6	24
sonstige Erledigungsart	11.352	10.241	10.663	9.691

Landgericht Berlin I

I. Instanz	2021	2022	2023	2024
Erledigungen	754	783	828	923
Die erledigten Verfahren sind beendet worden durch				
Urteil	459	481	518	551
Einstellung mit Auflage oder Weisung nach § 153a StPO	6	2	4	7
Einstellung mit Auflage nach § 37 Abs. 2 BtMG bzw. § 38 Abs. 2 i.V.m. § 37 Abs. 2 BtMG	0	0	0	0
Einstellung nach § 47 JGG	0	2	1	0
Einstellung wegen Geringfügigkeit (§ 153 Abs. 2 StPO)	3	3	5	7
Einstellung wegen unwesentlicher Nebenstraftat (§ 154 Abs. 2 StPO)	14	15	14	11
Einstellung wegen Auslieferung oder Ausweisung des Beschuldigten (§ 154b Abs. 4 StPO)	0	0	0	0
Einstellung wegen Abwesenheit des Beschuldigten oder wegen eines anderen in seiner Person liegenden	4	3	5	5
Einstellung wegen Verfahrenshindernisses (§ 206a StPO)	1	1	2	3
Einstellung wegen Gesetzesänderung (§ 206b StPO)	1	0	0	0
Sonstige Einstellung oder Klagerücknahme nach § 153b Abs. 2, § 153c Abs. 4, § 153d Abs. 2, § 153e Abs. 2, § 154e Abs. 2, § 383 Abs. 2 StPO, § 31a Abs. 2 BtMG	2	0	0	0
sonstige Erledigungsart	264	276	279	339
II. Instanz	2021	2022	2023	2024
Erledigungen	2.501	2.547	2.582	2.367
Die erledigten Verfahren sind beendet worden durch				
Urteil	1.150	1.305	1.231	1.106
Einstellung mit Auflage nach § 153 a StPO	146	157	130	115
Einstellung mit Auflage nach § 37 Abs. 2 BtMG bzw. § 38 Abs. 2 i.V.m. § 37 Abs. 2 BtMG	0	0	0	0
Einstellung nach § 47 JGG	4	1	6	6
Einstellung wegen Geringfügigkeit (§ 153 Abs. 2 StPO)	39	43	47	48
Einstellung wegen unwesentlicher Nebenstraftat (§ 154 Abs.2 StPO)	46	47	49	64
Einstellung wegen Auslieferung oder Ausweisung des Beschuldigten (§ 154b Abs. 4 StPO)	4	3	2	2
Einstellung wegen Abwesenheit des Beschuldigten oder wegen eines anderen in seiner Person liegenden Hindernisses (§ 205 StPO)	14	21	22	30
Einstellung wegen Verfahrenshindernisses (§ 206a StPO)	12	12	10	9
Einstellung wegen Gesetzesänderung (§ 206b StPO)	0	0	0	4
Sonstige Einstellung oder Klagerücknahme nach § 31a Abs. 2 BtMG, § 153b Abs. 2, § 153c Abs. 4, § 153d Abs. 2, § 153e Abs. 2, § 154e Abs. 2 StPO, § 390 Abs. 5 i.V.m. § 383 Abs. 2 StPO	1	0	0	1
sonstige Erledigungsart	1.085	958	1.085	982

Kammergericht (Strafsachen)

I. Instanz	2021	2022	2023	2024
Erledigungen	11	6	7	3
Die erledigten Verfahren sind beendet worden durch				
Urteil	7	6	7	3
Einstellung mit Auflage oder Weisung nach § 153 a StPO	1	0	0	0
Einstellung mit Auflage nach § 37 Abs. 2 BtMG bzw. § 38 Abs. 2 i.V.m. § 37 Abs. 2 BtMG	0	0	0	0
Einstellung nach § 47 JGG	1	0	0	0
Einstellung wegen Geringfügigkeit (§ 153 Abs. 2 StPO)	0	0	0	0
Einstellung wegen unwesentlicher Nebenstraftat (§154 Abs.2 StPO)	1	0	0	0
Einstellung wegen Auslieferung oder Ausweisung des Beschuldigten (§ 154b Abs. 4 StPO)	0	0	0	0
Einstellung wegen Abwesenheit des Beschuldigten oder wegen eines anderen in seiner Person liegenden Hindernisses (§ 205 StPO)	0	0	0	0
Einstellung wegen Verfahrenshindernisses (§ 206a StPO)	0	0	0	0
Einstellung wegen Gesetzesänderung (§ 206b StPO)	0	0	0	0
Sonstige Einstellung oder Klagerücknahme nach § 153b Abs. 2, § 153c Abs. 4, § 153d Abs. 2, § 153e Abs. 2, § 154e Abs. 2, § 383 Abs. 2 StPO, § 31a Abs. 2 BtMG	0	0	0	0
sonstige Erledigungsart	1	0	0	0

II. Instanz	2021	2022	2023	2024
Erledigungen	309	382	365	332
Die erledigten Verfahren sind beendet worden durch				
Urteil	20	23	22	15
Einstellung mit Auflage § 153a StPO	0	1	1	0
Einstellung nach § 47 JGG	0	0	0	0
Einstellung wegen Geringfügigkeit (§ 153 Abs. 2 StPO)	0	0	1	2
Einstellung wegen unwesentlicher Neben- straftat (§ 154 Abs. 2 StPO)	1	1	0	0
Einstellung wegen Auslieferung oder Aus- weisung des Beschuldigten (§ 154b Abs. 4 StPO)	0	0	0	0
Einstellung wegen Verfahrenshindernisses (§ 206a StPO)	0	0	0	1
Einstellung wegen Gesetzesänderung (§ 206b StPO)	0	0	0	0
sonstige Erledigungsart	288	357	341	314